Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8955**

17. Wahlperiode 08. 03. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7249 –

Regionale Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen stärken

A. Problem

Mit dem Green New Deal möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein neues Fundament für ein nachhaltiges Wachstum legen. Hierbei soll der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Regionen leisten. Je häufiger das Geld innerhalb einer Region die „Hand wechselt“, desto mehr Wertschöpfung, qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und regionale Entwicklungsperspektiven werden aus Sicht der Antragsteller geschaffen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/7249 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, neue Strategien für die Regionalvermarktung zu entwickeln, sich für die Entwicklung und Einführung eines einheitlichen und überprüfbaren Kriterien- und Kontrollsystems zur Bewertung von Regionalsiegeln stark zu machen sowie ein neues Bundesprogramm „Regionalvermarktung“ zur Stärkung der regionalen Vermarktung von Lebensmitteln, Verbrauchsgegenständen und Dienstleistungen zu schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7249.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/7249 abzulehnen.

Berlin, den 29. Februar 2012

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Willi Brase
Berichterstatter

Rainer Erdel
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Willi Brase, Rainer Erdel, Alexander Süßmair und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7249** in seiner 155. Sitzung am 26. Januar 2012 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Green New Deal möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein neues Fundament für ein nachhaltiges Wachstum legen. Hierbei soll der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung in den ländlichen Regionen leisten. Je häufiger des Geld innerhalb einer Region die „Hand wechselt", desto mehr Wertschöpfung, qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und regionale Entwicklungsperspektiven werden aus Sicht der Antragsteller geschaffen. In regionalen Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufen werden laut den Antragstellern Transport-, Energie- und Versorgungsstrukturen ressourcensparend umgebaut. Wirtschaftliche Aktivitäten in der Region und für die Region bieten zudem, nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine Reihe von Ansatzpunkten, ökologisch nachhaltiger zu arbeiten und neue verbraucherorientierte Vertriebswege zu schaffen. Zu den zentralen politischen Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang laut den Antragstellern die Stärkung und der Ausbau regionaler Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Durch die räumliche Nähe werden Ressourcen effizienter genutzt, Innovationen beschleunigt und Produkte ständig verbessert. Gleichzeitig ist diese Nähe laut den Antragstellern der Schlüssel zu mehr Verbrauchervertrauen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/7249 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- neue Strategien für die Regionalvermarktung zu entwickeln;
- eng mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren wie etablierten Regionalvermarktungsinitiativen, dem Aktionsbündnis Tag der Regionen, dem Bundesverband der Regionalbewegungen e. V., den Ökoanbauverbänden, den berufsständischen Vertretungen und in der Regionalvermarktung aktiven Unternehmen zusammenzuarbeiten;
- im Rahmen der europarechtlichen Bestimmungen die Vorbildfunktion des öffentlichen Beschaffungswesens bei der Verwendung von Regionalprodukten zu stärken und über die Versorgung von Kitas, (Hoch-)Schulen, Altenheimen, Kliniken und öffentlichen Verwaltungen effiziente Absatzstrukturen aufzubauen;
- mit Beratung und Anreizen die öffentliche Verwaltung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene dafür zu sensibilisieren, dass für Beschaffungsaufträge die Ortsnähe ein leistungsbezogenes Kriterium bei der Ausschreibung sein kann;
- sich für die Entwicklung und Einführung eines einheitlichen und überprüfbaren Kriterien- und Kontrollsystems zur Bewertung von Regionalsiegeln stark zu machen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher glaubwürdige regionale Produkte erkennen können;
- sich im Rahmen des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) dafür einzusetzen, dass über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) wieder gezielt regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert werden;
- dabei in den entsprechenden Förderkriterien der GAK auf Mindestanteile für Ökobetriebe bzw. -produkte zu achten, um die besonderen Vorzüge der ökologischen Wirtschaft in Bezug auf die Nachhaltigkeit gezielt weiterzuentwickeln;
- ein neues Bundesprogramm „Regionalvermarktung" zu schaffen, das die regionale Vermarktung von Lebensmitteln, Verbrauchsgegenständen und Dienstleistungen mit einem Mix aus Öffentlichkeitsarbeit, Verbraucherinformationskonzepten, Beratung, Forschung und Wissensvermittlung stärkt;
- die Vernetzung und den Aufbau von Regionalvermarktungssystemen zu unterstützen und auszubauen;
- gemeinnützige Dorfladeninitiativen zu unterstützen und dafür Prüfungspflicht und Zwangsmitgliedschaft in Prüfverbänden für kleine Genossenschaften mit marginalen Gewinnen abzuschaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 83. Sitzung am 29. Februar 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7249 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 61. Sitzung am 29. Februar 2012 den Antrag auf Drucksache 17/7249 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/7249 in seiner 63. Sitzung am 29. Februar 2012 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der

Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, der Antrag sei überflüssig und abzulehnen, da die Bundesregierung bereits viele Maßnahmen mit der Zielrichtung, regionale Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu stärken, auf den Weg gebracht habe. So könnten bereits unter anderem im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) seit 2007 Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung gefördert werden, die sich auf regionale Verarbeitung und Vermarktung konzentriert hätten. Zudem unterstütze die Bundesregierung maßgebliche Akteure auf Bundesebene im Bereich der Regionalvermarktung. So finanziere das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) das Projekt „Regionale Allianzen" des Bundesverbandes der Regionalbewegung e. V. für den Zeitraum von drei Jahren mit insgesamt 450 000 Euro. Hinsichtlich einer glaubwürdigen Regionalkennzeichnung von Produkten müsse mit der weit verbreiteten Annahme aufgeräumt werden, dass Bioprodukte stets aus der Region stammen. Hier hoffe die Fraktion der CDU/CSU, dass mit der Einführung einer klaren und transparenten Kennzeichnung für regionale Produkte die Bürger mehr Aufklärung erhielten. Es müsse auch das Bewusstsein des Verbrauchers gefördert werden, nicht nur die Versorgung mit regionalen Produkten zu fordern, sondern die vorhandenen Möglichkeiten, regionale Produkte vor Ort zu erwerben, auch entsprechend zu nutzen.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, sie stimme dem Antrag zu, weil sie dessen Grundanliegen, die Stärkung der regionalen Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, für richtig halte. Es gebe aber für die vielfältigen Herausforderungen im ländlichen Raum keine Patentlösung. Für die wirtschaftliche Stabilisierung der Kommunen sei die Vermarktung regionaler Produkte ein richtiger Schritt. Allerdings müssten Lebensmittel mit Regionalsiegeln auch tatsächlich aus regionalen Rohstoffen bestehen. Hier müssten Mindeststandards entwickelt werden, nach denen Lebensmittel als regional bezeichnet werden können. Die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hätten im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um Mindeststandards für Vermarktungskonzepte mit Herkunftsangaben in einem Diskussionspapier erste Leitlinien entworfen. Danach sollten Lebensmittel wie zum Beispiel Obst oder Fleisch einhundertprozentig aus einer definierten Region kommen, wenn sie ein Siegel für ein regionales Produkt tragen wollten. In einem nächsten logischen Schritt müssten dann auch die regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert werden. Unter der Bundesregierung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei dies im Rahmen der GAK geschehen. Hier sollte auch die derzeitige Bundesregierung aktiv werden.

Die **Fraktion der FDP** betonte, mit ihrem gesamten Antrag erwecke die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den falschen Eindruck, als wäre ihr jetzt mit ihrer Aufforderung an die Bundesregierung, neue Strategien für eine glaubwürdige Regionalvermarktung zu entwickeln, etwas grundlegend Neues eingefallen, bei dem zudem auch noch dringender Handlungsbedarf bestehen würde. So gebe es zum Beispiel den Bundesverband der Regionalbewegung e. V. mit seinen vielfältigen Aktivitäten, zu denen auch der Vorschlag für ein Regionalsiegel für Regionalvermarktungsinitiativen gehöre, bereits seit vielen Jahren. Diese Organisation werde auch vom BMELV intensiv gefördert. Mit dessen Unterstützung arbeite der Bundesverband der Regionalbewegung e. V. unter anderem an der Frage der Vernetzung von Regionalbewegungen. Es sei wichtig, für die verschiedenen Regionalsiegel in Deutschland einheitliche Standards zu entwickeln. Deswegen begrüße die Fraktion der FDP die Initiative der Bundesministerin Ilse Aigner, bundesweit eine verlässliche Kennzeichnung für regionale Produkte zu etablieren. Derzeit gebe es noch das Problem unterschiedlicher Definitionen von Regionalsiegeln in Deutschland. Dazu gehöre auch die nicht hilfreiche automatische Vermischung der Begriffe „Bio" und „Regional". So seien beispielsweise konventionell erzeugte Erdbeeren aus der Region nachhaltiger als Bioäpfel aus Übersee. Auch greife der Verbraucher viel lieber zu regionalen Produkten als zu Bioprodukten.

Die **Fraktion Die LINKE.** bemerkte, sie halte im Grundsatz die Intension des Antrags für unterstützenswert. Es sei richtig, dass vor Ort und in vielen Regionen viele Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure, Initiativen, Gruppen und Organisationen eigeninitiativ tätig seien, um die regionale Vermarktung von Produkten zu fördern. Von Seiten der Bundesländer und des Bundes gebe es derzeit verschiedene Unterstützungsangebote für solche Vorhaben. Es fehle aber eine wirklich stärker strategisch ansetzende Unterstützung. Allerdings hätte die antragstellende Fraktion lieber darauf verzichten sollen, diesen Antrag mit seinen sinnvollen Forderungen an die Bundesregierung nach neuen Strategien für die Regionalvermarktung mit dem Wirtschaftskonzept des Green New Deal zu verbinden. Für die Fraktion DIE LINKE. sei das Konzept des Green New Deal sehr stark an das neoliberale Wirtschaftsdenken gekoppelt. So hätten sehr viele Strategien, die im neoliberalen Wirtschaftsdenken in den letzten 20 bis 30 Jahren entwickelt wurden und nach denen gehandelt worden sei, dem ländlichen Raum nicht geholfen, sondern ihm eher geschadet. Das Bekenntnis des Antrages zum Green New Deal mache für die Fraktion DIE LINKE. eine Zustimmung unmöglich. Daher werde sie sich bei dem Antrag der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, im Mittelpunkt ihres Antrages stehe die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen und die Erschließung kleinteiliger, dezentral strukturierter Wirtschaftspotentiale in ländlichen Räumen. Tatsächlich müssten neue Strategien für die Regionalvermarktung geschaffen werden. Hierzu gehöre auch die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, die durch ihr Beschaffungswesen etwas aktiv unternehmen könne, um neue Absatzstrukturen für Regionalprodukte zu fördern. Sie müsste dafür sensibilisiert werden, dass bei Beschaffungsaufträgen die Ortsnähe ein leistungsbezogenes Kriterium bei der Ausschreibung sein könne. Die Bundesregierung müsse sich dafür stark machen, dass im Rahmen der GAK wieder gezielt regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert würden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere die Schaffung eines neuen Bundesprogramm „Regionalvermarktung", welches die regionale Vermarktung mit einem Maßnahmenmix aus unter anderem Verbraucherinformationskonzepten, Beratung und Forschung stärke. Zudem müsse die Bundes-

regierung die Vernetzung und den Aufbau von Regionalvermarktungssystemen unterstützen und sich für die Entwicklung und Einführung eines einheitlichen Kriterienkatalogs zur Bewertung von Regionalsiegeln engagieren, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich regionale Produkte erkennen könnten.

Berlin, den 29. Februar 2012

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Willi Brase
Berichterstatter

Rainer Erdel
Berichterstatter

Alexander Süßmair
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333